

Promotionsordnung der Universität Freiburg für die Medizinische Fakultät

Aufgrund von § 38 Absatz 4 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juni 2020 (GBl. S. 426), hat der Senat der Albert-Ludwigs-Universität in seiner Sitzung am 25. November 2020 die nachstehende Satzung beschlossen.

Die Rektorin hat ihre Zustimmung am 8. Dezember 2020 erteilt.

Inhalt

- § 1 Zweck der Promotion und Verleihung des Doktorgrades
- § 2 Promotionsausschuss
- § 3 Gutachterinnen und Gutachter; Prüferinnen und Prüfer
- § 4 Betreuung der Promotion; Promotionsvereinbarung
- § 5 Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion
- § 6 Vorläufige Zulassung zur Promotion
- § 7 Annahme als Doktorandin oder Doktorand
- § 8 Eröffnung des Promotionsverfahrens
- § 9 Dissertation
- § 10 Begutachtung der Dissertation
- § 11 Mündliche Prüfung
- § 12 Nichtbestehen und Wiederholung der mündlichen Prüfung
- § 13 Gesamtprädikat der Promotion
- § 14 Veröffentlichung der Dissertation
- § 15 Vollzug der Promotion und Urkunde
- § 16 Rücktritt von der mündlichen Prüfung
- § 17 Rücknahme und Widerruf der Zulassung zur Promotion; Ungültigkeit von Promotionsleistungen
- § 18 Entziehung des Doktorgrades
- § 19 Verfahrensmängel und Widerspruch
- § 20 Ombudsverfahren
- § 21 Schutzfristen
- § 22 Nachteilsausgleich
- § 23 Aufbewahrung der Prüfungsunterlagen
- § 24 Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen

- § 25 Promotion in gemeinsamer Betreuung mit anderen Hochschulen
- § 26 Doktorandinnen- und Doktorandenkonvent
- § 27 Ehrenpromotion
- § 28 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Anlage 1 Eidesstattliche Versicherung

Anlage 2 Bewertungskriterien

§ 1 Zweck der Promotion und Verleihung des Doktorgrades

- (1) Die ordentliche Promotion dient dem Nachweis der Befähigung zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit auf einem der an der Medizinischen Fakultät vertretenen Fachgebiete. Sie beruht auf einer selbständigen wissenschaftlichen Arbeit (Dissertation) und einer mündlichen Prüfung, zu deren Gegenständen die Dissertation gehört.
- (2) Aufgrund der bestandenen Promotionsprüfung verleiht die Medizinische Fakultät den akademischen Grad eines Doktors der Medizin (Doctor medicinae, abgekürzt Dr. med.) oder eines Doktors der Zahnmedizin (Doctor medicinae dentariae, abgekürzt Dr. med. dent.). Frauen können den Doktorgrad auch in der weiblichen Form führen.
- (3) Die Dauer der Promotion darf fünf Jahre nicht überschreiten. In begründeten Fällen kann der Promotionsausschuss die Frist auf einen vor deren Ablauf gestellten Antrag um insgesamt höchstens zwei Jahre verlängern; dem Antrag sind eine Begründung sowie eine Stellungnahme der verantwortlichen Betreuerin oder des verantwortlichen Betreuers beizufügen. Mit Ablauf der zulässigen Höchstdauer der Promotion erlischt die Zulassung zur Promotion beziehungsweise die vorläufige Zulassung zur Promotion, es sei denn, das Promotionsverfahren wurde bereits eröffnet. Schutzfristen und Beurlaubungen gemäß § 21 werden nicht auf die Dauer der Promotion angerechnet.
- (4) Personen, die als Doktorandin oder Doktorand angenommen worden sind, werden gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe b Landeshochschulgesetz immatrikuliert; dies gilt nicht für angenommene Doktorandinnen und Doktoranden, die an der Hochschule oder dem Universitätsklinikum hauptberuflich tätig sind, wenn diese zuvor schriftlich gegenüber dem Rektorat erklärt haben, dass sie nicht immatrikuliert werden wollen. Satz 1 findet auch Anwendung auf Doktorandinnen und Doktoranden, die gemäß § 6 vorläufig zur Promotion zugelassen sind. Doktorandinnen und Doktoranden, die bis zum 30. März 2018 als Doktorandin oder Doktorand angenommen worden sind, sind zur Immatrikulation berechtigt, aber nicht verpflichtet. Doktorandinnen und Doktoranden, die sich nicht immatrikulieren lassen, sind zur Registrierung verpflichtet.

§ 2 Promotionsausschuss

- (1) Für die Organisation des Promotionsverfahrens, insbesondere für die Entscheidung über die Annahme als Doktorandin oder Doktorand, die Bestellung der Betreuerinnen und Betreuer, die Eröffnung des Promotionsverfahrens, die Bestimmung der Gutachterinnen und Gutachter, die Bestellung der Mitglieder der Prüfungskommission, die Überwachung der zügigen Durchführung des Promotionsverfahrens einschließlich der Dokumentation der Anzahl der Doktorandinnen und Doktoranden in seinem Zuständigkeitsbereich sowie für alle durch diese Promotionsordnung zugewiesenen Aufgaben ist der Promotionsausschuss zuständig. Die Zuständigkeiten der oder des Vorsitzenden des Promotionsausschusses im Übrigen bleiben unberührt.
- (2) Die Mitglieder des Promotionsausschusses werden vom Fakultätsrat gewählt. Dem Promotionsausschuss gehören fünf Mitglieder an, die der Medizinischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer oder als außerplanmäßige Professorinnen und Professoren

ren oder als Privatdozentinnen und Privatdozenten angehören, sofern sie hauptberuflich an der Universität oder am Universitätsklinikum tätig sind. Mindestens zwei Mitglieder müssen Professorinnen oder Professoren sein.

- (3) Die Amtszeit des Promotionsausschusses beträgt vier Jahre; eine Wiederbestellung ist zulässig. Die Amtszeit endet stets mit der Wahlperiode des Fakultätsrats der Medizinischen Fakultät.
- (4) Der Fakultätsrat wählt aus dem Kreis der Mitglieder des Promotionsausschusses eine Professorin oder einen Professor oder eine außerplanmäßige Professorin oder einen außerplanmäßigen Professor der Medizinischen Fakultät zur oder zum Vorsitzenden; diese oder dieser muss hauptberuflich an der Medizinischen Fakultät tätig sein. Ein weiteres gewähltes Mitglied des Promotionsausschusses wird zur Stellvertreterin oder zum Stellvertreter der oder des Vorsitzenden gewählt.
- (5) Für jedes Mitglied des Promotionsausschusses wird vom Fakultätsrat eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter gewählt, die oder der die Voraussetzungen nach Absatz 2 Satz 2 erfüllt.
- (6) Die Dekanin oder der Dekan kann mit Stimmrecht an den Sitzungen des Promotionsausschusses teilnehmen, sofern sie oder er nicht Mitglied des Promotionsausschusses ist.
- (7) Der Promotionsausschuss berät und beschließt in der Regel in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung; er tagt nichtöffentlich. Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Soweit nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Beschlüsse können auch im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied widerspricht und mindestens zwei Drittel der Mitglieder mitwirken. Bei prüfungsrechtlichen Entscheidungen sowie insbesondere bei der Entscheidung über die Entziehung des Doktorgrades sind Stimmenthaltungen und geheime Abstimmungen nicht zulässig.
- (8) Die Mitglieder des Promotionsausschusses und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit Prüfungsangelegenheiten betroffen sind oder die Pflicht zur Verschwiegenheit besonders beschlossen worden ist. Die Pflicht zur Verschwiegenheit schließt die Geheimhaltung der Beratungsunterlagen ein; sie besteht nach Beendigung der Mitgliedschaft im Promotionsausschuss fort.
- (9) Der Promotionsausschuss sichert die Transparenz und Qualität der Notenvergabe. Über seine Maßnahmen der Transparenz- und Qualitätssicherung erstellt er alle fünf Jahre einen Bericht für den Fakultätsrat; der Bericht ist von der Dekanin oder dem Dekan der Prorektorin oder dem Prorektor für Forschung zuzuleiten und wird von dieser oder diesem den anderen Fakultäten zum Zwecke des Erfahrungsaustausches und der Fortentwicklung ihrer Maßnahmen zur Qualitätssicherung zugänglich gemacht.
- (10) Der Promotionsausschuss kann in widerruflicher Weise die Erledigung bestimmter Aufgaben auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden oder deren Stellvertreterin oder dessen Stellvertreter übertragen; dies gilt nicht für Entscheidungen über die Annahme als Doktorandin oder Doktorand, die Rücknahme und den Widerruf der Annahme als Doktorandin oder Doktorand, die Ungültigkeit von Promotionsleistungen, die Entziehung des Doktorgrades sowie über Widersprüche.
- (11) Der Promotionsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrenrechts und des Verwaltungsprozessrechts.

§ 3 Gutachterinnen und Gutachter; Prüferinnen und Prüfer

- (1) Als Gutachterinnen und Gutachter über eine Dissertation und Prüferinnen und Prüfer in der mündlichen Prüfung können grundsätzlich bestellt werden: Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten der Medizinischen Fakultät und von der Medizinischen Fakultät kooptierte oder assoziierte Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Entpflichtete Professorinnen und Professoren der Medizinischen Fakultät und Professorinnen und Professoren der Medizinischen Fakultät im Ruhestand können in einem bereits begonnenen Promotionsvorhaben als Gutachterinnen

und Gutachter und als Prüferinnen und Prüfer bestellt werden, sofern sie zum Zeitpunkt ihrer Entpflichtung oder ihres Eintretens in den Ruhestand in diesem Promotionsvorhaben gemäß § 4 Absatz 4 und 5 weiterhin als verantwortliche Betreuerin oder verantwortlicher Betreuer bestellt sind.

- (2) Der Promotionsausschuss kann auf Antrag auch hauptberuflich an der Medizinischen Fakultät wissenschaftlich tätigen Arbeitsgruppenleiterinnen und Arbeitsgruppenleitern mit einer besonderen Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit oder anderen hauptberuflich dort tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die im Rahmen von Wettbewerben mit wissenschaftlicher Begutachtung ausgezeichnet wurden, eine befristete Promotionsberechtigung erteilen und sie als Gutachterinnen und Gutachter und Prüferinnen und Prüfer in Promotionsverfahren bestellen. Voraussetzung hierfür ist, dass die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit durch eine Dissertation von herausragender Qualität oder eine mindestens gleichwertige wissenschaftliche Arbeit und eine externe Begutachtung durch eine anerkannte Einrichtung zur Forschungsförderung nachgewiesen wird. Der Nachweis der besonderen Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit durch eine externe Begutachtung gilt als erbracht bei Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleitern im Emmy-Noether-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Habilitandinnen des Margarethe von Wrangell-Habilitationsprogramms für Frauen des Landes Baden-Württemberg und bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die durch das Heisenberg-Programm der DFG gefördert werden.
- (3) Darüber hinaus können vom Promotionsausschuss auch Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, außerplanmäßige Professorinnen und Professoren oder Privatdozentinnen und Privatdozenten anderer Fakultäten der Albert-Ludwigs-Universität oder anderer in- oder ausländischer Hochschulen oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen als Gutachterinnen und Gutachter und Prüferinnen und Prüfer bestellt werden. Bei interdisziplinären beziehungsweise fakultätsübergreifenden Dissertationen sollen auch Mitglieder anderer Fakultäten als Gutachterinnen und Gutachter und Prüferinnen und Prüfer bestellt werden. Die Voraussetzungen gemäß Absatz 2 gelten hierbei sinngemäß.
- (4) Mindestens eine oder einer der Gutachterinnen und Gutachter muss eine oder ein hauptberuflich an der Medizinischen Fakultät tätige Hochschullehrerin oder tätiger Hochschullehrer, Honorarprofessorin oder Honorarprofessor oder Privatdozentin oder Privatdozent der Medizinischen Fakultät Freiburg sein. Die Gutachterinnen und Gutachter sollen nicht der gleichen Klinik oder demselben Institut des Universitätsklinikums Freiburg beziehungsweise der Universität Freiburg angehören.
- (5) Die Gutachterinnen und Gutachter und Prüferinnen und Prüfer sollen nicht das gleiche Fach vertreten.
- (6) Die Doktorandin oder der Doktorand kann eine Gutachterin oder einen Gutachter vorschlagen; der Promotionsausschuss ist an den Vorschlag nicht gebunden.

§ 4 Betreuung der Promotion; Promotionsvereinbarung

- (1) Der Promotionsausschuss bestellt für jede Doktorandin und jeden Doktoranden eine verantwortliche Betreuerin oder einen verantwortlichen Betreuer und eine weitere Betreuerin oder einen weiteren Betreuer.
- (2) Verantwortliche Betreuerin oder verantwortlicher Betreuer kann nur sein, wer gemäß § 3 Absatz 1 oder 2 als Gutachterin oder Gutachter bestellt werden kann. § 3 Absatz 4 Satz 1 gilt entsprechend.
- (3) Als weitere wissenschaftliche Betreuerin oder weiterer wissenschaftlicher Betreuer (Zweitbetreuerin oder Zweitbetreuer) können Personen bestellt werden, die gemäß § 3 Absatz 1 bis 3 als Gutachterin oder Gutachter bestellt werden können. Wird als verantwortliche Betreuerin oder als verantwortlicher Betreuer eine nichthabilitierte Nachwuchswissenschaftlerin oder ein nichthabituierter Nachwuchswissenschaftler gemäß § 3 Absatz 2 bestellt, ist als Zweitbetreuerin oder Zweitbetreuer eine Person zu bestellen, die die Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 erfüllt. Wird eine oder ein von der Medizinischen Fakultät assoziierte Hochschullehrerin oder assoziierter Hochschullehrer als Betreuerin oder Betreuer bestellt, ist gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 der Assoziierungssatzung (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 50, Nr. 42, S. 189-192) in der jeweils geltenden Fassung als andere Betreuerin oder als anderer Betreuer eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer der Medizinischen Fakultät zu bestellen.

- (4) Scheidet eine als Betreuerin bestellte Hochschullehrerin oder Privatdozentin oder ein als Betreuer bestellter Hochschullehrer oder Privatdozent aus der Medizinischen Fakultät aus, kann sie oder er die damit verbundenen Rechte und Pflichten bis zu drei Jahre nach ihrem oder seinem Ausscheiden weiter wahrnehmen; in begründeten Fällen kann diese Frist vom Promotionsausschuss auf höchstens fünf Jahre verlängert werden.
- (5) Entpflichtete Professorinnen und Professoren der Medizinischen Fakultät und Professorinnen und Professoren der Medizinischen Fakultät im Ruhestand können nicht als Betreuerin oder Betreuer bestellt werden. Nach Maßgabe von Absatz 4 können sie die Betreuung eines zum Zeitpunkt ihrer Entpflichtung oder ihres Eintritts in den Ruhestand bereits begonnen Promotionsvorhabens zu Ende führen.
- (6) Die verantwortliche Betreuerin oder der verantwortliche Betreuer und die weitere Betreuerin oder der weitere Betreuer stimmen ihre Betreuungsleistung gegenüber der Doktorandin oder dem Doktoranden in zeitlicher und qualitativer Hinsicht aufeinander ab.
- (7) Die zukünftigen Betreuerinnen und Betreuer und die zukünftige Doktorandin oder der zukünftige Doktorand schließen bei einem persönlichen Zusammentreffen unter Verwendung des von der Medizinischen Fakultät hierfür verbindlich zur Verfügung gestellten Formulars eine schriftliche Promotionsvereinbarung, die folgende Mindestinhalte umfasst:
 1. die Namen der Doktorandin oder des Doktoranden und der Betreuerinnen und Betreuer,
 2. den Arbeitstitel der Dissertation,
 3. Ziel und Hypothese des Promotionsvorhabens,
 4. einen Zeit- und Forschungsplan für die Dissertation,
 5. dem Dissertationsprojekt und der Lebenssituation der Doktorandin oder des Doktoranden angepasste, jeweils fortzuschreibende Zeitpläne für regelmäßige Betreuungsgespräche und Sachstandsberichte,
 6. Angaben über ein individuelles Studienprogramm,
 7. eine gegenseitige Verpflichtung über die Beachtung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis, bezüglich der Miturheberschaft bei aus Anlass des Promotionsvorhabens entstehender Publikationen insbesondere der Regeln des § 4 der Ordnung der Albert-Ludwigs-Universität zur Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft vom 10. Juni 2011 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 42, Nr. 38, S. 395-399) in der jeweils geltenden Fassung,
 8. Regelungen zur Lösung von Streitfällen,
 9. die bei Abgabe der Dissertation festzulegenden Begutachtungszeiten.
- (8) Die Promotionsvereinbarung wird erst mit der Annahme als Doktorandin oder Doktorand wirksam.

§ 5 Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion

- (1) Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion ist, dass die Bewerberin oder der Bewerber
 1. nach abgeschlossenem Studium der Humanmedizin oder der Zahnheilkunde an einer deutschen Universität
 - a) für den Erwerb des Doktors der Medizin die Ärztliche Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) oder
 - b) für den Erwerb des Doktors der Zahnmedizin die Zahnärztliche Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte (ZÄPrO) beziehungsweise gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen (ZApprO)erfolgreich bestanden hat,
 2. nicht bereits in demselben wissenschaftlichen Fach an einer anderen Fakultät oder Hochschule als Doktorandin oder Doktorand angenommen beziehungsweise zur Promotion zugelassen ist

und nicht bereits in demselben wissenschaftlichen Fach an einer Hochschule eine entsprechende Doktorprüfung bestanden hat und

3. nicht gravierend gegen die allgemein anerkannten Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis und Redlichkeit verstoßen hat.
- (2) Ausländische Studienabschlüsse bedürfen der Anerkennung durch den Promotionsausschuss. Eine Bewerberin oder ein Bewerber, die oder der die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 1 nicht erfüllt, kann der Promotionsausschuss zur Promotion zulassen, wenn sie oder er
1. nachweist, dass sie oder er die für die Zulassung zur Ärztlichen oder Zahnärztlichen Prüfung vorgeschriebene Semesterzahl an einer deutschen oder gleichwertigen ausländischen Medizinischen Fakultät oder vergleichbaren wissenschaftlichen Einheit studiert hat, und
 2. nachweist, dass sie oder er ein ausländisches medizinisches oder zahnmedizinisches Abschlussexamen bestanden hat, das der Ärztlichen beziehungsweise Zahnärztlichen Prüfung gemäß Absatz 1 Nummer 1 inhaltlich gleichwertig ist. Über die Anerkennung des medizinischen oder zahnmedizinischen Abschlussexamens entscheidet der Promotionsausschuss. Grundsätzlich genügt für die Anerkennung des medizinischen oder zahnmedizinischen Abschlussexamens die deutsche Approbation gemäß der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) oder gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte (ZÄPrO) beziehungsweise der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen (ZApprO) und der Nachweis, dass das Examen in dem Land, in dem es erworben wurde, zur Promotion berechtigt. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so ist die inhaltliche Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Studienabschlüsse zur Ärztlichen oder Zahnärztlichen Prüfung durch den Promotionsausschuss auf der Grundlage der von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften vorzunehmen. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit soll die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Kann die Gleichwertigkeit eines ausländischen Studienabschlusses nicht festgestellt werden, weil einzelne Studien- und Prüfungsleistungen nicht nachgewiesen wurden, kann die Bewerberin oder der Bewerber zur Promotion zugelassen werden, wenn die fehlenden Studien- und Prüfungsleistungen aufgrund der Bewertungsvorschläge der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen im Rahmen eines Eignungsfeststellungsverfahrens nachgeholt werden können und das Eignungsfeststellungsverfahren erfolgreich absolviert wird; die Dauer des Eignungsfeststellungsverfahrens soll zwei Semester nicht überschreiten. Das Eignungsfeststellungsverfahren kann einmal innerhalb von sechs Monaten wiederholt werden.
- (3) Die Bewerberin oder der Bewerber muss mindestens zwei aufeinanderfolgende Semester an der Medizinischen Fakultät Freiburg Medizin beziehungsweise Zahnmedizin studiert haben oder ein Jahr im Bereich der Medizinischen Fakultät wissenschaftlich gearbeitet haben (Pflichtsemester). Der Promotionsausschuss kann in besonders begründeten Ausnahmefällen die Befreiung von diesen Voraussetzungen erteilen (Erlass der Pflichtsemester). Die Regelungen für den Erlass der Pflichtsemester legt der Promotionsausschuss in seinen Ausführungsbestimmungen fest.

§ 6 Vorläufige Zulassung zur Promotion

- (1) Wer an der Albert-Ludwigs-Universität im Studiengang Humanmedizin oder Zahnmedizin eingeschrieben ist und den Ersten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) beziehungsweise die Zahnärztliche Vorprüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte (ZÄPrO) oder den ersten Abschnitt der Zahnärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen (ZApprO) bestanden hat, kann abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 1 vorläufig zur Promotion zugelassen werden.
- (2) Mit Bestehen der Ärztlichen oder Zahnärztlichen Prüfung erfüllt die Bewerberin oder der Bewerber die Zulassungsvoraussetzung für die Promotion gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 1. Die Promotion kann gemäß § 15 Absatz 2 Satz 3 vollzogen werden. Das Bestehen der Ärztlichen oder Zahnärztlichen Prüfung ist dem Promotionsausschuss unverzüglich durch Vorlage eines entsprechenden Nachweises anzuzeigen.

- (3) Die vorläufige Zulassung wird unwirksam, wenn die Ärztliche oder Zahnärztliche Prüfung endgültig nicht bestanden wurde.
- (4) Im Übrigen finden die Bestimmungen dieser Promotionsordnung Anwendung.

§ 7 Annahme als Doktorandin oder Doktorand

- (1) Wer die Anfertigung einer Dissertation beabsichtigt und die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 5 beziehungsweise gemäß §§ 5 und 6 Absatz 1 erfüllt, soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Annahme als Doktorandin oder Doktorand beantragen. Der schriftliche Antrag, in dem das Thema der Dissertation zu bezeichnen ist, ist an den Promotionsausschuss zu richten. Ist das Thema der Dissertation fachgebietsübergreifend und werden die Fachgebiete in verschiedenen Fakultäten gelehrt, so ist der Antrag an nur einer der beteiligten Fakultäten zu stellen. Bei einer solchen fakultätsübergreifenden Dissertation wird nur durch eine der beteiligten Fakultäten der entsprechende Doktorgrad verliehen. Die Festlegung ist von den beteiligten Fakultäten vor der Annahme als Doktorandin oder Doktorand zu treffen.
- (2) Dem Antrag sind beizufügen:
 1. die Nachweise der Zulassungsvoraussetzungen für die Promotion gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 1 oder Absatz 2 beziehungsweise § 6 Absatz 1; im Falle der studienbegleitenden Promotion zusätzlich ein aktueller Nachweis über die Immatrikulation im Studiengang Medizin beziehungsweise Zahnmedizin an der Albert-Ludwigs-Universität;
 2. der Nachweis im Sinne von § 5 Absatz 3, bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 6 Absatz 1 in der Regel durch die Studienverlaufsbescheinigung;
 3. die Promotionsvereinbarung gemäß § 4 Absatz 7;
 4. eine Erklärung, die geltende Promotionsordnung der Medizinischen Fakultät für den Grad des Doktors der Medizin (Dr. med.) und den Grad des Doktors der Zahnmedizin (Dr. med. dent.) zu kennen;
 5. ein aktueller Lebenslauf mit der Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs;
 6. eine Erklärung über laufende oder vorausgegangene Promotionsgesuche; dabei ist anzugeben, wann, mit welchem Thema und bei welcher Fakultät oder bei welchem Fachbereich die Promotion beantragt wurde; gegebenenfalls ist anzugeben, aus welchem Grund das Verfahren nicht abgeschlossen wurde, beziehungsweise eine amtlich beglaubigte Kopie der Urkunde über einen bereits verliehenen Doktorgrad vorzulegen;
 7. bei Ausländerinnen und Ausländern gegebenenfalls der Nachweis über ausreichende Kenntnisse der deutschen oder englischen Sprache (Allgemeinsprache mindestens Niveaustufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen und Medizin Fachsprache Niveaustufe C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen);
 8. eine Erklärung darüber, ob die Bewerberin oder der Bewerber bereits gravierend gegen die allgemein anerkannten Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis und Redlichkeit verstoßen hat. Ein solcher Verstoß liegt insbesondere vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang vorsätzlich oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht, geistiges Eigentum anderer verletzt oder die Forschungstätigkeit Dritter erheblich beeinträchtigt wurde.
- (3) Der Promotionsausschuss entscheidet in der Regel innerhalb von drei Monaten, bei Promotionsstudiengängen zu deren jeweiligen Beginn, über den Antrag. Die Annahme als Doktorandin oder Doktorand ist abzulehnen, wenn
 1. die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 5 beziehungsweise gemäß §§ 5 und 6 Absatz 1 nicht erfüllt sind,
 2. das in Aussicht genommene Thema der Dissertation nicht in die fachliche Ausrichtung der Medizinischen Fakultät fällt oder kein Mitglied der Fakultät, das die Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 1 oder 2 erfüllt, in der Lage ist, das Dissertationsthema fachlich zu beurteilen,

3. keines der gemäß § 3 Absatz 1 oder 2 zuständigen Mitglieder der Fakultät das gewählte Thema für bearbeitungswürdig oder der Vorbildung der Bewerberin oder des Bewerbers angemessen hält oder
 4. die Bereitstellung der materiellen Ausstattung zur Durchführung des Arbeitsvorhabens nicht gesichert ist.
- (4) Wird die Bewerberin oder der Bewerber als Doktorandin oder Doktorand angenommen und damit zur Promotion zugelassen beziehungsweise vorläufig zugelassen, erhält sie oder er hierüber einen schriftlichen Bescheid. Gleichzeitig mit der Entscheidung über die Annahme bestellt der Promotionsausschuss die in der Promotionsvereinbarung bezeichneten Personen als verantwortliche Betreuerin oder verantwortlichen Betreuer und als weitere Betreuerin oder weiterer Betreuer. Im Falle einer ablehnenden Entscheidung des Promotionsausschusses über die Annahme als Doktorandin oder Doktorand ist diese schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (5) Die verantwortliche Betreuerin oder der verantwortliche Betreuer stellt sicher, dass die Doktorandin oder der Doktorand mit den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis vertraut gemacht wurde.
- (6) Die Annahme als Doktorandin oder Doktorand kann insbesondere widerrufen werden, wenn
1. die Promotionsvereinbarung (§ 4 Absatz 7) unwirksam oder aufgehoben worden ist,
 2. sich nachträglich Gründe für eine Ablehnung der Annahme als Doktorandin oder Doktorand ergeben,
 3. keine Aussicht besteht, dass die Dissertation in angemessener Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann, oder
 4. die Doktorandin oder der Doktorand gegen die von ihr oder ihm in der Promotionsvereinbarung (§ 4 Absatz 7) übernommenen Pflichten in schwerwiegender Weise verstoßen hat.

Ein Widerruf der Annahme als Doktorandin oder Doktorand gemäß Satz 1 Nummer 4 darf nur dann erfolgen, wenn zuvor ein Ombudsverfahren erfolglos durchgeführt und keine neue Promotionsvereinbarung geschlossen wurde.

- (7) Mit der Annahme als Doktorandin oder Doktorand wird die grundsätzliche Bereitschaft der Medizinischen Fakultät ausgedrückt, eine Dissertation über das beabsichtigte Thema als wissenschaftliche Arbeit zu bewerten. Die Annahme als Doktorandin oder Doktorand verpflichtet die Fakultät zur wissenschaftlichen Betreuung der Doktorandin oder des Doktoranden.
- (8) Aus der Annahme als Doktorandin oder Doktorand ergibt sich kein Rechtsanspruch auf die Eröffnung des Promotionsverfahrens.
- (9) Zwei Jahre nach der Annahme als Doktorandin oder Doktorand überprüft die verantwortliche Betreuerin oder der verantwortliche Betreuer, ob das Promotionsvorhaben fortgeführt werden kann, und teilt das Ergebnis der Überprüfung dem Promotionsausschuss schriftlich mit.

§ 8 Eröffnung des Promotionsverfahrens

- (1) Die Eröffnung des Promotionsverfahrens setzt voraus, dass die Doktorandin oder der Doktorand die in § 5 beziehungsweise in §§ 5 und 6 Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen für die Promotion weiterhin erfüllt. Der Antrag auf Eröffnung des Promotionsverfahrens (Begutachtung der Dissertation und mündliche Prüfung) ist schriftlich an den Promotionsausschuss zu richten. Zwischen der Annahme als Doktorandin oder Doktorand und dem Antrag auf Eröffnung des Promotionsverfahrens muss mindestens ein Jahr liegen.
- (2) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
1. der Bescheid über die Annahme als Doktorandin oder Doktorand gemäß § 7 Absatz 4 Satz 1;
 2. die Promotionsvereinbarung gemäß § 4 Absatz 7 in der aktuellen Fassung; nebst Nachweis der in der Promotionsvereinbarung vereinbarten Teilnahme am individuellen Studienprogramm oder weiterer Auflagen der Promotionsvereinbarung;

3. der Nachweis im Sinne von § 5 Absatz 1 oder 2 beziehungsweise § 6 Absatz 1;
 4. ein aktueller Lebenslauf mit der Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs;
 5. die Dissertation in elektronischer Form auf dem vorgegebenen Datenträgersystem und im vorgegebenen Dateiformat;
 6. gegebenenfalls aus der Dissertation hervorgegangene oder als Manuskript zum Druck angenommene Publikationen der Bewerberin oder des Bewerbers;
 7. gegebenenfalls eine von der verantwortlichen Betreuerin oder dem verantwortlichen Betreuer genehmigte Zusammenfassung der Dissertation in deutscher Sprache;
 8. eine Erklärung über frühere oder laufende Promotionsgesuche unter Angabe von Ort, Datum, Hochschule und Thema der Dissertation sowie gegebenenfalls eine amtlich beglaubigte Kopie der Urkunde über einen bereits verliehenen Doktorgrad;
 9. eine eidesstattliche Versicherung gemäß der Anlage 1 zu dieser Promotionsordnung;
 10. ein von der Doktorandin oder dem Doktoranden unterzeichnetes Exemplar der von der Medizinischen Fakultät zur Verfügung gestellten Belehrung über die Bedeutung und die strafrechtlichen Folgen der eidesstattlichen Versicherung;
 11. gegebenenfalls eine vollständige Liste der wissenschaftlichen Publikationen und der wissenschaftlichen Vorträge;
 12. im Falle der gemeinsamen Arbeit an einem Forschungsthema ein von der Doktorandin oder dem Doktoranden verfasster Bericht über den Ablauf der Zusammenarbeit, Angaben zum individuellen Beitrag der Doktorandin oder des Doktoranden zu der Gemeinschaftsarbeit, ferner Angaben über Namen, akademische Grade und Anschriften der an der Gruppenarbeit beteiligten Personen sowie Auskunft darüber, ob und gegebenenfalls welche der Personen bereits ein Promotions- oder Habilitationsverfahren beantragt oder abgeschlossen und dabei Teile der vorgelegten Gemeinschaftsarbeit genutzt haben;
 13. im Falle der Durchführung eines Promotionsstudiums oder der Teilnahme an einem strukturierten Promotionsprogramm Nachweise über die erbrachten Leistungen;
 14. eine Erklärung darüber, ob die Bewerberin oder der Bewerber bereits gravierend gegen die allgemein anerkannten Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis und Redlichkeit verstoßen hat. Ein solcher Verstoß liegt insbesondere vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang vorsätzlich oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht, geistiges Eigentum anderer verletzt oder die Forschungstätigkeit Dritter erheblich beeinträchtigt wurde.
- (3) Der Antrag kann nur einmal durch schriftliche Erklärung zurückgenommen werden. Die Rücknahme ist ausgeschlossen, wenn dem Promotionsausschuss bereits ein Gutachten vorliegt oder seit der Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter beziehungsweise der Prüfungskommission mehr als vier Wochen vergangen sind.
- (4) Ein den Erfordernissen der Absätze 1 und 2 entsprechender Antrag kann nur zurückgewiesen werden, wenn einer der gesetzlichen Gründe vorliegt, aus denen der Doktorgrad entzogen werden könnte. Die Entscheidung hierüber trifft der Promotionsausschuss.
- (5) Über die Zulassung zum Promotionsverfahren entscheidet der Promotionsausschuss. Der Promotionsausschuss kann die Entscheidung über Anträge, die keine besonderen Schwierigkeiten aufweisen, auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden übertragen. Die Doktorandin oder der Doktorand erhält über die Zulassung zum Promotionsverfahren einen schriftlichen Bescheid. Wird die Zulassung zum Promotionsverfahren abgelehnt, ist die Entscheidung schriftlich zu begründen und der Doktorandin oder dem Doktoranden mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

§ 9 Dissertation

- (1) Die Dissertation muss die Befähigung der Doktorandin oder des Doktoranden zu selbständiger vertiefter wissenschaftlicher Arbeit belegen und einen beachtlichen Beitrag zum Fortschritt des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes darstellen. Die Dissertation muss in Form und Inhalt wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Die wissenschaftlichen Aussagen der Dissertation sollen präzise und auf das Wesentliche beschränkt sein.
- (2) Die Dissertation ist als Monographie abzufassen. Abweichend von Satz 1 kann der Promotionsausschuss auf Antrag auch die Einreichung mehrerer zusammenhängender wissenschaftlicher Arbeiten der Doktorandin oder des Doktoranden als kumulative Dissertation zulassen. Der Antrag soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestellt werden. Die zu einer kumulativen Dissertation zusammengefassten Arbeiten der Doktorandin oder des Doktoranden, von denen mindestens zwei in begutachteten, international anerkannten Fachzeitschriften publiziert oder zur Publikation angenommen sein müssen, müssen unter einer gemeinsamen wissenschaftlichen Fragestellung entstanden sein. Die Doktorandin oder der Doktorand muss bei mindestens einer dieser Arbeiten einen wesentlichen Beitrag geleistet haben; keine der eingereichten Arbeiten darf Gegenstand einer anderen Dissertation eines laufenden oder abgeschlossenen Promotionsverfahrens der Doktorandin oder des Doktoranden sein. Es ist eine ausführliche Darstellung voranzustellen, die eine kritische Einordnung der Forschungsthemen und wichtigsten Erkenntnisse aus den Publikationen in den Kontext der wissenschaftlichen Literatur zum Thema sowie gegebenenfalls die Würdigung des individuellen eigenen Beitrags der Doktorandin oder des Doktoranden sowie des Beitrags der weiteren Autorinnen und Autoren der einzelnen Publikationen vornimmt. Im Falle gemeinsamer Forschungsarbeit muss die individuelle Leistung der Doktorandin oder des Doktoranden deutlich abgrenzbar und bewertbar sein.
- (3) Liegen der Dissertation Untersuchungen zugrunde, die im Rahmen einer gemeinsamen Forschungsarbeit durchgeführt wurden, muss die individuelle Leistung der Doktorandin oder des Doktoranden erkennbar sowie deutlich abgrenzbar und bewertbar sein. Die in Anspruch genommene Expertise Dritter muss kenntlich gemacht werden.
- (4) Bei experimentellen Dissertationen muss so viel Einblick in die Entstehung der Arbeit gegeben sein, dass die Begutachtung der individuellen Leistung der Doktorandin oder des Doktoranden sichergestellt ist.
- (5) Die Dissertation muss ein Titelblatt nach dem von der Medizinischen Fakultät zur Verfügung gestellten Muster, ein Inhaltsverzeichnis, eine Zusammenfassung sowie ein ausführliches Verzeichnis der verwendeten Quellen und Literatur enthalten. Die Richtlinien der Medizinischen Fakultät zur Abfassung der Dissertation sind zu beachten.
- (6) Die Dissertation ist in deutscher Sprache abzufassen. In Ausnahmefällen kann der Promotionsausschuss die Abfassung in englischer Sprache zulassen, sofern die Beurteilung innerhalb der Fakultät gesichert ist. In diesem Fall ist eine deutsche Zusammenfassung anzufügen.
- (7) Ergebnisse der Dissertation können bereits veröffentlicht sein; hierbei muss die Doktorandin oder der Doktorand mindestens Co-Autorin oder Co-Autor der betreffenden Veröffentlichung sein. Bei Monographien dürfen zum Zeitpunkt des Antrags auf Eröffnung des Promotionsverfahrens seit dem Erscheinen der Veröffentlichung in der Regel nicht mehr als drei Jahre vergangen sein.

§ 10 Begutachtung der Dissertation

- (1) Ist die Doktorandin oder der Doktorand zum Promotionsverfahren zugelassen, bestellt der Promotionsausschuss für die Beurteilung der Dissertation eine Erstgutachterin oder einen Erstgutachter und eine Zweitgutachterin oder einen Zweitgutachter. Als Erstgutachterin oder Erstgutachter ist eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer, eine außerplanmäßige Professorin oder ein außerplanmäßiger Professor oder eine Privatdozentin oder ein Privatdozent der Medizinischen Fakultät zu bestellen. In der Regel wird die verantwortliche Betreuerin oder der verantwortliche Betreuer der Dissertation als Erstgutachterin oder Erstgutachter bestellt. Als Zweitgutachterin oder Zweitgutachter kann nicht bestellt werden, wer weitere wissenschaftliche Betreuerin oder weiterer wissenschaftlicher Betreuer (Zweitbetreuerin oder Zweitbetreuer) der Promotion oder Co-Autorin oder Co-Autor einer aus dem

Gegenstand der Dissertation hervorgegangenen Publikation oder eines aus dem Gegenstand der Dissertation hervorgegangenen, zur Veröffentlichung geplanten, eingereichten oder angenommenen Manuskripts ist.

- (2) Die Gutachterinnen und Gutachter prüfen, ob die vorgelegte Dissertation als Promotionsleistung angenommen werden kann, abgelehnt werden muss oder zur Umarbeitung zurückzugeben ist. Sie beurteilen die wissenschaftliche Leistung in ihren schriftlichen, begründeten Gutachten, die dem Promotionsausschuss in der Regel zwei Monate nach der Bestellung zur Gutachterin oder zum Gutachter vorzulegen sind. Sofern nicht die Rückgabe zur Umarbeitung vorgeschlagen wird, ist die Arbeit mit einer der folgenden Noten und dem entsprechenden Prädikat zu bewerten:

1,0	summa cum laude	für eine ganz hervorragende Leistung
1,3, 1,7	magna cum laude	für eine besonders anzuerkennende Leistung
2,0, 2,3, 2,7	cum laude	für eine gute Leistung
3,0, 3,3, 3,7, 4,0	rite	für eine ausreichende Leistung
5,0	non probatum	für eine nicht mehr ausreichende Leistung

- (3) Die Gutachterinnen und Gutachter haben bei der Benotung der Dissertation die in Anlage 2 zu dieser Promotionsordnung festgelegten Kriterien zugrunde zu legen. Der Promotionsausschuss kann Gutachten, die diese Kriterien nicht berücksichtigen, zurückweisen und die Gutachterin oder den Gutachter unter Setzung einer angemessenen Frist zur Überarbeitung des Gutachtens entsprechend den in Anlage 2 festgelegten Kriterien auffordern.
- (4) Auf begründeten Vorschlag einer Gutachterin oder eines Gutachters wird die Dissertation der Doktorandin oder dem Doktoranden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Promotionsausschusses zur Umarbeitung innerhalb einer angemessenen, vom Promotionsausschuss festzulegenden Frist zurückgegeben. Die Frist kann in Ausnahmefällen auf begründeten Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden vom Promotionsausschuss verlängert werden. Verstreicht die Frist, ohne dass die Dissertation in umgearbeiteter Form erneut eingereicht wird, so gilt sie als abgelehnt. Die Rückgabe zur Umarbeitung kann nur einmal erfolgen.
- (5) Nach Eingang der Gutachten wird die Dissertation zusammen mit den Gutachten mindestens zwei Wochen lang während der Vorlesungszeit beziehungsweise mindestens drei Wochen lang während der vorlesungsfreien Zeit im Dekanat zur Einsicht ausgelegt. Die Auslagefrist soll vier Wochen nicht überschreiten. Zusätzlich oder stattdessen kann die Auslage auch in elektronischer Form erfolgen. Die oder der Vorsitzende des Promotionsausschusses benachrichtigt die in Promotionsverfahren prüfungsberechtigten Mitglieder der Fakultät schriftlich oder elektronisch über Ort und Zeit der Auslage. Diese zur Einsichtnahme Berechtigten haben das Recht, bis zum Ende der Auslagefrist schriftlich Einspruch gegen die Annahme, Ablehnung oder Bewertung der Dissertation einzulegen. Der Einspruch ist innerhalb einer Woche nach Einlegung schriftlich zu begründen.
- (6) Liegt ein Einspruch vor, so entscheidet der Promotionsausschuss, ob dieser zurückgewiesen oder eine dritte Gutachterin oder ein dritter Gutachter bestellt wird; er kann die bisherigen Gutachterinnen und Gutachter vorher anhören. Als dritte Gutachterin oder dritter Gutachter ist eine Person zu bestellen, die die Voraussetzungen nach § 3 Absatz 3 erfüllt. Diese dritte Gutachterin oder dieser dritte Gutachter hat sich auch mit den beiden zunächst eingeholten Gutachten auseinanderzusetzen. Das Gutachten soll innerhalb von zwei Monaten vorgelegt werden.
- (7) Weichen die beiden zunächst bestellten Gutachterinnen und Gutachter hinsichtlich ihrer Empfehlung für eine Annahme oder Ablehnung der Dissertation oder für deren Bewertung um mehr als eine Notenstufe voneinander ab, so bestellt der Promotionsausschuss eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter; Absatz 6 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.
- (8) Die Vergabe des Prädikats „summa cum laude“ erfolgt auf der Basis besonders hoher Anforderungskriterien gemäß der Anlage 2 zu dieser Promotionsordnung. Wird von den beiden zunächst eingeholten Gutachten übereinstimmend das Prädikat „summa cum laude“ vorgeschlagen, so holt der Promotionsausschuss ein drittes Gutachten ein. Absatz 6 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Zur Vorlage der beiden zunächst eingeholten Gutachten an die dritte Gutachterin oder den dritten Gutachter sind die Namen der bisherigen Gutachterinnen und Gutachter zu anonymisieren.

- (9) Werden mehrere Tatbestände erfüllt, die die Bestellung einer dritten Gutachterin oder eines dritten Gutachters erfordern, wird insgesamt nur eine weitere Gutachterin oder ein weiterer Gutachter bestellt.
- (10) Haben die Gutachterinnen und Gutachter übereinstimmend die Annahme der Dissertation vorgeschlagen, so ist sie damit angenommen, sofern kein Einspruch eingelegt wurde oder der Einspruch vom Promotionsausschuss zurückgewiesen worden ist. Haben die Gutachterinnen und Gutachter übereinstimmend die Ablehnung der Dissertation vorgeschlagen, so ist sie damit abgelehnt. In allen anderen Fällen stellt der Promotionsausschuss auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten und der darin vorgeschlagenen Noten die Annahme oder Ablehnung der Dissertation fest.
- (11) Die Gesamtnote der Dissertation ergibt sich als das arithmetische Mittel der von den einzelnen Gutachterinnen und Gutachtern vergebenen Noten. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Prädikate für eine angenommene Dissertation lauten:

summa cum laude	bei einem Durchschnitt von 1,0,
magna cum laude	bei einem Durchschnitt über 1,0 bis 1,9
cum laude	bei einem Durchschnitt über 1,9 bis 2,9,
rite	bei einem Durchschnitt über 2,9 bis 4,0.

Wurde die Dissertation von der Mehrheit der Gutachterinnen und Gutachter angenommen, ergibt sich als arithmetisches Mittel der von den Gutachterinnen und Gutachtern vergebenen Noten jedoch ein Wert über 4,0, so wird die Gesamtnote der Dissertation auf 4,0 abgerundet.

- (12) Der Doktorandin oder dem Doktoranden können im Hinblick auf die Veröffentlichung von der Gutachterinnen und Gutachtern Auflagen zur Überarbeitung ihrer oder seiner Dissertation gemacht werden; das Promotionsverfahren wird erst abgeschlossen, wenn diese Auflagen erfüllt sind
- (13) Wird die Annahme der Arbeit als Dissertation abgelehnt, so ist das Promotionsverfahren erfolglos beendet. Über die Ablehnung erhält die Doktorandin oder der Doktorand einen schriftlichen Bescheid des Promotionsausschusses, der zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. In diesem Fall kann die Doktorandin oder der Doktorand mit einer Arbeit über ein anderes Thema nur einmal und nicht vor Ablauf eines Jahres die erneute Eröffnung des Promotionsverfahrens beantragen. Wird auch diese Arbeit abgelehnt, so ist die Doktorprüfung endgültig nicht bestanden.

§ 11 Mündliche Prüfung

- (1) Ist für die schriftliche Promotionsleistung (Dissertation) mindestens die Note „rite“ festgesetzt, lässt der Promotionsausschuss die Doktorandin oder den Doktoranden zur mündlichen Prüfung zu und bestellt die Prüfungskommission.
- (2) Der Prüfungskommission gehören die Erstgutachterin oder der Erstgutachter und die Zweitgutachterin oder der Zweitgutachter sowie eine weitere Prüferin oder ein weiterer Prüfer für die mündliche Prüfung an, die oder der nicht zugleich Gutachterin oder Gutachter sein darf. Zudem bestellt der Promotionsausschuss eine Beisitzerin oder ein Beisitzer, die oder der mindestens promoviert sein muss und die oder der über die Beschlüsse der Prüfungskommission sowie die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung ein Protokoll zu führen hat. Das Protokoll ist von den Prüferinnen und Prüfern sowie von der Beisitzerin oder dem Beisitzer zu unterzeichnen. Den Vorsitz der Prüfungskommission führt ein vom Promotionsausschuss bestelltes Mitglied aus dem Kreis der Prüfungskommission. Die verantwortliche Betreuerin oder der verantwortliche Betreuer der Dissertation kann nicht Vorsitzende oder Vorsitzender sein. Die Mehrheit der Mitglieder der Prüfungskommission muss der Medizinischen Fakultät angehören. Kann ein Mitglied der Prüfungskommission aus triftigen Gründen nicht an der mündlichen Prüfung teilnehmen, so bestellt der Promotionsausschuss an dessen Stelle eine andere Person, die die Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 1 bis 3 erfüllt, als Mitglied der Prüfungskommission.
- (3) Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission legt im Benehmen mit den anderen Prüferinnen und Prüfern und der Kandidatin oder dem Kandidaten das Datum der mündlichen Prüfung fest. Den

Termin für die mündliche Prüfung, der frühestens vier Wochen nach Bekanntgabe der Annahme der Dissertation liegen und nicht später als ein Jahr nach der Bekanntgabe der Annahme der Dissertation stattfinden darf, hat die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission dem Promotionsbüro der Medizinischen Fakultät mit einer Frist von vier Wochen vor der mündlichen Prüfung mitzuteilen. Der Termin für die mündliche Prüfung ist durch Aushang mindestens zwei Wochen vor deren Stattfinden bekanntzugeben.

- (4) Die mündliche Prüfung, in der die Doktorandin oder der Doktorand ihre oder seine Fähigkeit zur mündlichen Erörterung wissenschaftlicher Probleme nachweisen soll, wird in deutscher oder englischer Sprache abgehalten. Die mündliche Prüfung besteht aus einer Prüfung im Dissertationsfach, die auch die Dissertation zum Gegenstand hat, und einer Prüfung in den Grundlagen der angrenzenden Fachgebiete. Die mündliche Prüfung wird durch einen Vortrag über das Thema der Dissertation mit einer Dauer von etwa 20 Minuten eingeleitet.
- (5) Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt etwa 60 Minuten. Frageberechtigt sind nur die Mitglieder der Prüfungskommission.
- (6) Die mündliche Prüfung findet in den Räumen der Universität Freiburg beziehungsweise der Medizinischen Fakultät Freiburg, des Universitätsklinikums Freiburg oder des Universitäts-Herzzentrums Freiburg – Bad Krozingen statt.
- (7) Die mündliche Prüfung ist fakultätsöffentlich. Auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden kann die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission auch fakultätsfremde Gäste als Zuhörerinnen und Zuhörer zulassen. Aus wichtigem Grund oder auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden ist die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Öffentlichkeit erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.
- (8) Die Prüfungskommission tritt unmittelbar nach Abschluss der mündlichen Prüfung in nichtöffentlicher Sitzung zusammen, um die Note für die Leistungen in der mündlichen Prüfung festzustellen. Jedes Mitglied der Prüfungskommission gibt einzeln seine Bewertung für die Leistungen in der mündlichen Prüfung mit einer Note gemäß § 10 Absatz 2 ab. Als Endnote für die mündliche Prüfung wird das arithmetische Mittel dieser Einzelbewertungen festgestellt. § 10 Absatz 11 Satz 2 und 3 gelten entsprechend. Die mündliche Prüfung ist bestanden, wenn die so ermittelte Note mindestens 4,0 lautet.
- (9) Die Mitglieder der Prüfungskommission sind verpflichtet, über Tatsachen Stillschweigen zu bewahren, die ihnen in nichtöffentlicher Sitzung bekannt geworden sind, es sei denn, dass eine Tatsache bereits offenkundig ist oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedarf. Verschwiegenheitspflichten aufgrund des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bleiben unberührt.

§ 12 Nichtbestehen und Wiederholung der mündlichen Prüfung

- (1) Ist die mündliche Prüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so erteilt der Promotionsausschuss hierüber einen schriftlichen Bescheid, welcher zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (2) Die mündliche Prüfung kann einmal binnen eines Jahres nach Bestandskraft des Prüfungsbescheides wiederholt werden. Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung ist beim Promotionsausschuss frühestens zwei Monate nach Bekanntgabe des Prüfungsbescheides zu stellen.
- (3) Das Promotionsverfahren ist erfolglos beendet und die Doktorprüfung endgültig nicht bestanden, wenn binnen eines Jahres nach Bestandskraft des Prüfungsbescheides ein Antrag auf Wiederholung der mündlichen Prüfung nicht gestellt wird oder die mündliche Prüfung auch im Wiederholungstermin nicht bestanden ist. In begründeten Fällen kann der Promotionsausschuss die Frist zur Ablegung der Wiederholungsprüfung auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden verlängern.
- (4) Ist das Promotionsverfahren erfolglos beendet, erhält die Doktorandin oder der Doktorand vom Promotionsausschuss einen entsprechenden schriftlichen Bescheid, der zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 13 Gesamtprädikat der Promotion

- (1) Ist die mündliche Prüfung bestanden, so setzt der Promotionsausschuss die Gesamtnote und das entsprechende Gesamtprädikat der Promotion fest.
- (2) Die Gesamtnote der Promotion ergibt sich aus dem gewichteten arithmetischen Mittel der gemäß § 10 Absatz 11 gebildeten Gesamtnote der Dissertation und der gemäß § 11 Absatz 8 gebildeten Endnote der mündlichen Prüfung. Die Gesamtnote der Dissertation wird dabei zweifach gewichtet und die Endnote der mündlichen Prüfung einfach. § 10 Absatz 11 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.
- (3) Nach Festsetzung des Gesamtprädikats der Promotion wird der Doktorandin oder dem Doktoranden das Ergebnis der Promotion bekanntgegeben.

§ 14 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Steht das Gesamtprädikat der Promotion fest, so sind die Pflichtexemplare innerhalb von zwölf Monaten
 1. bei Eröffnung des Promotionsverfahrens auf der Grundlage von § 5 Absatz 1 oder 2 nach bestandener mündlicher Prüfung
 2. bei Eröffnung des Promotionsverfahrens auf der Grundlage von § 6 Absatz 1 nach Bestehen des Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) oder der Zahnärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte (ZÄPrO) beziehungsweise des Dritten Abschnitts der Zahnärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen (ZApprO)

gegebenenfalls mit den von den Gutachterinnen und Gutachern verlangten Änderungen der wissenschaftlichen Öffentlichkeit in angemessener Weise durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich zu machen.

- (2) Vor der Veröffentlichung ist die Dissertation der Erstgutachterin oder dem Erstgutachter zur Erteilung der Druckerlaubnis vorzulegen. Die Druckerlaubnis ist auf einem Formblatt zu erteilen und zur Promotionsakte zu nehmen. Lehnt die Erstgutachterin oder der Erstgutachter die für die Veröffentlichung vorgesehene Fassung ab, entscheidet hierüber auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden der Promotionsausschuss.
- (3) In die Pflichtexemplare ist zudem eine von der Erstgutachterin oder dem Erstgutachter genehmigte Zusammenfassung der Dissertation (Summary) im Umfang von nicht mehr als einer DIN A4-Seite einzubinden. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Zusammenfassung der Dissertationschrift beigelegt werden, ohne in diese eingebunden zu werden.
- (4) Die Doktorandin oder der Doktorand genügt ihrer oder seiner Veröffentlichungspflicht, wenn sie oder er folgende Anzahl von Pflichtexemplaren, die auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier gedruckt und dauerhaft haltbar gebunden sein müssen, unentgeltlich bei der Medizinischen Fakultät abliefern:
 1. bei elektronischer Publikation über das Forschungsinformationssystem der Universitätsbibliothek Freiburg „FreiDok plus“ zwei auf Papier ausgedruckte Exemplare in kopierfähiger Maschenschrift zusammen mit einer elektronischen Version, deren Dateiformat und Datenträgersystem den Vorgaben der Universitätsbibliothek Freiburg entsprechen; die Doktorandin oder der Doktorand hat zu versichern, dass die elektronische Version in Inhalt und Formatierung den auf Papier ausgedruckten Exemplaren entspricht;
 2. bei Verlegung durch einen gewerblichen Verleger über den Buchhandel und Nachweis einer Mindestauflage von 150 Exemplaren sowie Ausweis der Veröffentlichung als Dissertation unter Angabe des Dissertationsortes im Impressum zwei Exemplare;
 3. bei Veröffentlichung der einzelnen Arbeiten einer kumulativen Dissertation in wissenschaftlichen Zeitschriften zwei auf Papier ausgedruckte Exemplare der gesamten Dissertation.

Von den bei der Fakultät abzuliefernden Exemplaren erhält die Universitätsbibliothek Freiburg ein Exemplar. Im Fall von Satz 1 Nummer 1 überträgt die Doktorandin oder der Doktorand der Albert-Ludwigs-Universität das Recht, im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben der Universitätsbibliothek Freiburg weitere Kopien ihrer oder seiner Dissertation herzustellen und zu verbreiten beziehungsweise in Datennetzen zur Verfügung zu stellen.

- (5) Auf der Rückseite des Titelblatts der Pflichtexemplare sind die Namen der Gutachterinnen und Gutachter und der Dekanin oder des Dekans sowie als Tag der Promotion das Datum der mündlichen Prüfung anzugeben; § 15 Absatz 1 Satz 5 gilt entsprechend. Bei einer späteren Titeländerung ist auf den Titel der seinerzeit eingereichten Dissertation hinzuweisen.
- (6) Versäumt die Doktorandin oder der Doktorand, die Druckerlaubnis der Erstgutachterin oder des Erstgutachters einzuholen, oder versäumt sie oder er die Frist gemäß Absatz 1, so erlöschen alle durch die Doktorprüfung erworbenen Rechte; wurde die Promotionsurkunde bereits ausgehändigt, ist diese einzuziehen. In begründeten Fällen kann die Frist gemäß Absatz 1 auf vor deren Ablauf gestellten Antrag vom Promotionsausschuss um höchstens ein Jahr verlängert werden.

§ 15 Vollzug der Promotion und Urkunde

- (1) Die Promotion wird durch die Aushändigung der Urkunde vollzogen. Die Promotionsurkunde wird von der Rektorin oder dem Rektor der Albert-Ludwigs-Universität und der Dekanin oder dem Dekan der Medizinischen Fakultät unterzeichnet und mit dem Siegel der Medizinischen Fakultät versehen. Sie enthält neben dem erlangten Grad das Gesamtprädikat der Promotion, den Titel und Prädikat der Dissertation sowie den Namen, das Geburtsdatum und den Geburtsort der oder des Promovierten. Als Tag der Promotion wird der Tag der mündlichen Prüfung angegeben. Abweichend von Satz 4 gilt das Datum des Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) beziehungsweise das Datum der Zahnärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte (ZÄPrO) beziehungsweise des Dritten Abschnitts der Zahnärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen (ZApprO) als Datum der Promotion, wenn die mündliche Prüfung bereits vollständig vorher stattgefunden hat.
- (2) Die Promotionsurkunde wird erst ausgehändigt, wenn die Doktorandin oder der Doktorand gemäß § 14 Absatz 4 die Pflichtexemplare der Dissertation bei der Medizinischen Fakultät abgeliefert hat. Abweichend von Satz 1 kann der Promotionsausschuss im Falle einer Ablieferung gemäß § 14 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden der Aushändigung der Promotionsurkunde bereits dann zustimmen, wenn ein rechtsgültiger Verlagsvertrag vorliegt, das druckfertige Manuskript dem Verlag sowie dem Promotionsausschuss vorliegt und der Verlag dem Promotionsausschuss gegenüber verbindlich erklärt, dass Druck und Finanzierung gesichert sind und die Pflichtexemplare der Fakultät kostenfrei zugesandt werden. Im Fall der studienbegleitenden Promotion nach § 6 wird die Urkunde erst nach dem Bestehen des Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) beziehungsweise nach dem Bestehen der Zahnärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte (ZÄPrO) beziehungsweise nach dem Bestehen des Dritten Abschnitts der Zahnärztlichen Prüfung gemäß der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen (ZApprO) ausgehändigt.
- (3) Die Aushändigung der Promotionsurkunde soll in angemessener Form erfolgen. Bis dahin erhält die Doktorandin oder der Doktorand auf Antrag eine vorläufige Bescheinigung über das Bestehen der Doktorprüfung. Diese enthält den Titel und die Bewertung der Dissertation, die Bewertung der mündlichen Prüfung sowie die Gesamtbewertung der Promotionsleistungen.
- (4) Vor der Aushändigung der Promotionsurkunde hat die Doktorandin oder der Doktorand nicht das Recht, den Doktorgrad zu führen, auch nicht mit einem Zusatz.
- (5) Verfahrensregelungen aufgrund internationaler Vereinbarungen bleiben unberührt.

§ 16 Rücktritt von der mündlichen Prüfung

- (1) Nimmt die Doktorandin oder der Doktorand ganz oder teilweise nicht an der mündlichen Prüfung teil, so gilt dies als Rücktritt.
- (2) Ist die Doktorandin oder der Doktorand wegen Krankheit oder aus einem anderen wichtigen Grund gehindert an der mündlichen Prüfung teilzunehmen, wird der Rücktritt auf schriftlichen Antrag genehmigt. Der Antrag ist von der Doktorandin oder dem Doktoranden unter Angabe des Rücktrittsgrundes und Beifügung geeigneter Nachweise unverzüglich beim Promotionsausschuss zu stellen. Im Falle einer Erkrankung ist dem Antrag ein ärztliches Attest, das die für die Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit nötigen medizinischen Befundtatsachen enthält, beizufügen.
- (3) Wird der Rücktritt vom Promotionsausschuss genehmigt, so wird ein neuer Prüfungstermin festgesetzt. Wird der Rücktritt nicht genehmigt, so gilt die mündliche Prüfung als nicht bestanden.

§ 17 Rücknahme und Widerruf der Zulassung zur Promotion; Ungültigkeit von Promotionsleistungen

- (1) Ergibt sich vor Aushändigung der Promotionsurkunde, dass die Doktorandin oder der Doktorand über eine Zulassungsvoraussetzung gemäß § 5 oder § 6 Absatz 1 getäuscht hat oder dass wesentliche Zulassungsvoraussetzungen irrtümlicherweise als gegeben angenommen worden sind, so kann die Zulassung zur Promotion beziehungsweise die vorläufige Zulassung zur Promotion zurückgenommen werden. Dasselbe gilt, wenn Tatsachen bekannt werden, die nach § 36 Absatz 7 Landeshochschulgesetz eine Entziehung des Doktorgrades rechtfertigen würden.
- (2) Ergibt sich vor Aushändigung der Promotionsurkunde, dass die Doktorandin oder der Doktorand bei einer Promotionsleistung getäuscht hat, so können einzelne oder alle Promotionsleistungen für ungültig erklärt werden; in schwereren Fällen kann die Zulassung zur Promotion beziehungsweise die vorläufige Zulassung zur Promotion widerrufen werden.
- (3) Vor einer Entscheidung nach Absatz 1 oder 2 ist der Doktorandin oder dem Doktoranden Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen und der Doktorandin oder dem Doktoranden mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

§ 18 Entziehung des Doktorgrades

- (1) Die Entziehung des Doktorgrades richtet sich nach § 36 Absatz 7 Landeshochschulgesetz und § 48 Landesverwaltungsverfahrensgesetz.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zum Promotionsverfahren nicht erfüllt, ohne dass die Bewerberin oder der Bewerber hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung der Promotionsurkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Doktorprüfung geheilt.
- (3) Vor einer Entscheidung über die Entziehung des Doktorgrades ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Entscheidung des Promotionsausschusses ist schriftlich zu begründen und der oder dem Betroffenen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.
- (4) Im Falle der Entziehung des Doktorgrades ist die bereits ausgehändigte Promotionsurkunde einzuziehen.
- (5) Die Entziehung des Doktorgrades kann von der Rektorin oder dem Rektor mit den nötigen Einzelheiten allen deutschen Hochschulen mitgeteilt werden, die das Promotionsrecht besitzen.

§ 19 Verfahrensmängel und Widerspruch

- (1) Mängel des Promotionsverfahrens müssen unverzüglich beim Promotionsausschuss geltend gemacht werden.

- (2) Gegen belastende Bescheide, die auf der Grundlage dieser Promotionsordnung ergehen, kann die oder der Betroffene schriftlich binnen eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Promotionsausschuss einlegen. Über den Widerspruch entscheidet der Promotionsausschuss gegebenenfalls nach Anhörung der Prüfungskommission.
- (3) Für den Widerspruch gelten die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung.

§ 20 Ombudsverfahren

- (1) Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die gemäß dieser Promotionsordnung zur Promotion angenommenen Doktorandinnen und Doktoranden der Medizinischen Fakultät sowie für ihre Betreuerinnen und Betreuer bei allen Konflikten, die sich aus dem Betreuungsverhältnis und der Arbeit an der Dissertation ergeben, sind die vom Senat der Albert-Ludwigs-Universität bestellten Ombudspersonen.
- (2) Die Durchführung des Ombudsverfahrens ist in der Satzung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Durchführung des zentralen Ombudsverfahrens geregelt.

§ 21 Schutzfristen

- (1) Auf Antrag einer Doktorandin sind die Schutzfristen entsprechend § 3 des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG) vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) in der jeweils geltenden Fassung zu berücksichtigen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Promotionsordnung.
- (2) Desgleichen sind die Fristen der Elternzeit entsprechend § 15 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2015 (BGBl. I S. 33) in der jeweils geltenden Fassung auf Antrag zu berücksichtigen. Die Doktorandin oder der Doktorand muss spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab sie oder er Elternzeit antreten will, dem Promotionsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum sie oder er Elternzeit nehmen will. Der Promotionsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Anspruch auf Elternzeit auslösen würden, und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen oder sonstigen Fristen der Doktorandin oder dem Doktoranden mit.
- (3) Die Inanspruchnahme der Schutzbestimmungen für die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen im Sinne von § 7 Absatz 3 des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG) vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896) in der jeweils geltenden Fassung, die oder der pflegebedürftig im Sinne der §§ 14 und 15 des Elften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB XI) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015) in der jeweils geltenden Fassung ist, wird ermöglicht.

§ 22 Nachteilsausgleich

- (1) Doktorandinnen und Doktoranden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, die die Erbringung der Promotionsleistungen erschwert, soll auf Antrag vom Promotionsausschuss ein angemessener Nachteilsausgleich gewährt werden. Der Promotionsausschuss legt entsprechend der Schwere der nachgewiesenen, die Erbringung der Promotionsleistungen erschwerenden Behinderung oder Erkrankung die Form und den Umfang der Ausgleichsmaßnahme fest. Als Ausgleichsmaßnahme können insbesondere die nach dieser Promotionsordnung vorgesehenen Prüfungsfristen angemessen verlängert werden; daneben oder stattdessen kann ein angemessener Ausgleich auch in anderer Form gewährt werden.
- (2) Der Antrag auf Nachteilsausgleich ist spätestens mit dem Antrag auf Eröffnung des Promotionsverfahrens zu stellen. Der Nachweis der Behinderung oder Erkrankung im Sinne von Absatz 1 Satz 1 ist

durch ein ärztliches Attest zu erbringen, das die für die Beurteilung nötigen medizinischen Befundtatsachen enthält. Der Promotionsausschuss kann allgemein oder im Einzelfall die Vorlage eines Attests einer durch ihn benannten Ärztin oder eines durch ihn benannten Arztes verlangen.

- (3) Vor der Entscheidung des Promotionsausschusses nach Absatz 1 Satz 2 ist in strittigen Fällen mit Einverständnis der Doktorandin oder des Doktoranden die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung anzuhören.

§ 23 Aufbewahrung der Prüfungsunterlagen

- (1) Nach erfolgreichem Abschluss des Promotionsverfahrens werden die Prüfungsunterlagen einschließlich der Dissertation zu den Akten der Medizinischen Fakultät genommen.
- (2) Wird die Dissertation abgelehnt oder ist die Doktorprüfung endgültig nicht bestanden, so verbleibt die Dissertation mit sämtlichen Gutachten bei den Akten der Fakultät.
- (3) Die Prüfungsunterlagen sind von der Fakultät fünf Jahre aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind dem Universitätsarchiv die Prüfungsunterlagen gemäß Absatz 1 zu übergeben und die Prüfungsunterlagen gemäß Absatz 2 anzubieten.

§ 24 Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen

Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Promotionsverfahrens ist der Doktorandin oder dem Doktoranden auf Antrag Einsicht in die Prüfungsunterlagen zu gewähren. Die oder der Vorsitzende des Promotionsausschusses bestimmt Zeit und Ort der Einsichtnahme.

§ 25 Promotion in gemeinsamer Betreuung mit anderen Hochschulen

- (1) Die Durchführung von gemeinsamen Promotionsverfahren mit einer oder mehreren anderen in- oder ausländischen Hochschulen mit Promotionsrecht erfolgt auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Albert-Ludwigs-Universität und der beziehungsweise den betreffenden Hochschulen. Diese Kooperationsvereinbarung ist von der Doktorandin oder dem Doktoranden und auf Seiten der Albert-Ludwigs-Universität von der Betreuerin oder dem Betreuer, der oder dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses sowie der Rektorin oder dem Rektor zu unterzeichnen. In der Kooperationsvereinbarung sind insbesondere folgende Inhalte zu regeln:
 1. die Durchführung der wissenschaftlichen Betreuung der Doktorandin oder des Doktoranden,
 2. der Mindestumfang der Forschungsaufenthalte an den Partnerhochschulen,
 3. die Prüfungsmodalitäten einschließlich der zu verwendenden Sprache, der Besetzung der Prüfungskommission und des anzuwendenden Notensystems,
 4. die Modalitäten der Verleihung des Doktorgrades,
 5. die Pflicht zur Veröffentlichung der Dissertation,
 6. die Übernahme von Reisekosten.
- (2) Für Promotionen, die die Albert-Ludwigs-Universität in gemeinsamer Betreuung mit anderen promotionsberechtigten Hochschulen durchführt, gelten die allgemeinen Bestimmungen dieser Promotionsordnung, soweit im Folgenden keine besonderen Regelungen getroffen sind.
- (3) Die Doktorandin oder der Doktorand wird von je einer akademischen Lehrerin oder einem akademischen Lehrer der beteiligten anderen Hochschulen und von einer akademischen Lehrerin oder einem akademischen Lehrer der Medizinischen Fakultät, die oder der die Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 erfüllt, betreut.
- (4) Die Doktorandin oder der Doktorand entscheidet im Einvernehmen mit den Betreuerinnen und Betreuern der Dissertation, an welcher der beteiligten Hochschulen das Promotionsverfahren durchgeführt wird.

- (5) Auf der Rückseite des Titelblatts der Dissertation sind die beteiligten Fakultäten und Hochschulen anzugeben.
- (6) Für die Begutachtung der Dissertation, die Durchführung der mündlichen Prüfung, die Festlegung des Gesamtergebnisses der Promotion und die Möglichkeiten zur Wiederholung der Promotion gelten die Bestimmungen derjenigen Hochschule, an der das Promotionsverfahren durchgeführt wird, wobei folgende Bedingungen zu erfüllen sind:
 1. Wird das Promotionsverfahren nicht an der Albert-Ludwigs-Universität durchgeführt, ist sicherzustellen, dass mindestens eine Fachvertreterin oder ein Fachvertreter der Medizinischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität, die oder der die Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 1 erfüllt, am Promotionsverfahren der anderen Hochschule beteiligt ist.
 2. Wird das Promotionsverfahren an der Albert-Ludwigs-Universität durchgeführt, wird mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter der anderen beziehungsweise einer der anderen beteiligten Hochschulen als Gutachterin oder Gutachter oder Prüferin oder Prüfer bestellt, die oder der die Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 3 erfüllt.
- (7) Die Promotionsurkunde enthält die Namen und Unterschriften der gemäß den Promotionsordnungen der beteiligten Hochschulen vorgesehenen Personen und wird mit dem Siegel der Medizinischen Fakultät sowie dem Siegel der anderen beteiligten Hochschule oder Hochschulen beziehungsweise Fakultät oder Fakultäten versehen. Sie enthält die Bezeichnung des akademischen Grades eines Doktors der Medizin beziehungsweise eines Doktors der Zahnmedizin sowie des entsprechenden akademischen Grades der anderen Hochschule. Die Promotionsurkunde enthält den Hinweis darauf, dass es sich um eine Promotion in gemeinsamer Betreuung handelt. Bei Ausstellung zweier Promotionsurkunden gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend.
- (8) Mit dem Empfang der Promotionsurkunde erhält die oder der Promovierte das Recht, in der Bundesrepublik Deutschland den Doktorgrad und, im Falle einer gemeinsamen Promotion mit einer ausländischen Hochschule, in dem Staat, dem die beteiligte ausländische Hochschule angehört, den entsprechenden akademischen Grad zu führen. Es wird die Berechtigung zur Führung nur eines Doktorgrades erworben.
- (9) Für die Publikation der Dissertation und die Zahl der Pflichtexemplare kann in der Kooperationsvereinbarung auf das Recht der beziehungsweise einer anderen beteiligten Hochschule verwiesen werden. Es ist sicherzustellen, dass die Medizinische Fakultät mindestens zwei Pflichtexemplare erhält.

§ 26 Doktorandinnen- und Doktorandenkonvent

- (1) Die zur Promotion angenommenen Doktorandinnen und Doktoranden der Medizinischen Fakultät bilden einen Doktorandinnen- und Doktorandenkonvent.
- (2) Der Doktorandinnen- und Doktorandenkonvent kann die die Doktorandinnen und Doktoranden betreffenden Fragen beraten und Empfehlungen an die Organe der Universität aussprechen. Dem Doktorandinnen- und Doktorandenkonvent werden die Entwürfe für die Promotionsordnung zur Stellungnahme zugeleitet; die Stellungnahme wird den Senatsunterlagen beigelegt.
- (3) Der Doktorandinnen- und Doktorandenkonvent gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt einen Vorstand. Näheres zur Organisation des Doktorandinnen- und Doktorandenkonvents und zum Wahlverfahren für den Vorstand regelt die Geschäftsordnung, die der Doktorandinnen- und Doktorandenkonvent mit der Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder beschließt.
- (4) An den Sitzungen des Fakultätsrats kann bei der Beratung von Entwürfen für die Promotionsordnung ein Mitglied des Vorstands des Doktorandinnen- und Doktorandenkonvents mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 27 Ehrenpromotion

- (1) Die Medizinische Fakultät verleiht als seltene Auszeichnung den Grad eines Doktors der Medizin ehrenhalber (Doctor medicinae honoris causa, abgekürzt Dr. med. h.c.) oder eines Doktors der Zahnmedizin ehrenhalber (Doctor medicinae dentariae honoris causa, abgekürzt Dr. med. dent. h.c.) zur besonderen Würdigung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen auf einem von der Fakultät vertretenen Fachgebiet. Die Ehrendoktorwürde wird nicht an Mitglieder der Medizinischen Fakultät verliehen. Frauen können den Ehrendoktorgrad auch in der weiblichen Form führen.
- (2) Über die Verleihung der Ehrendoktorwürde sowie über die Entziehung des Grades eines Doktors ehrenhalber in entsprechender Anwendung von § 18 entscheidet der Fakultätsrat im Benehmen mit dem Senat.
- (3) Der Antrag auf Verleihung der Ehrendoktorwürde kann von jeder Hochschullehrerin, jedem Hochschullehrer, jeder außerplanmäßigen Professorin, jedem außerplanmäßigen Professor, jeder Privatdozentin und jedem Privatdozenten, die oder der hauptberuflich an der Medizinischen Fakultät tätig ist, schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Promotionsausschusses gerichtet werden. Der Antrag muss enthalten:
 1. eine Biographie der oder des Auszuzeichnenden,
 2. ein Schriftenverzeichnis der oder des Auszuzeichnenden,
 3. eine ausführliche Begründung und
 4. einen Entwurf für die Fassung der Urkunde.

Nach Prüfung auf seine Vollständigkeit leitet die oder der Vorsitzende des Promotionsausschusses den Antrag an den Fakultätsrat weiter.

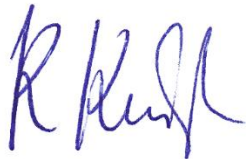
- (4) Die Dekanin oder der Dekan setzt eine Kommission ein, die die Voraussetzungen für die Ehrenpromotion prüft und ein Gutachten für die Beschlussfassung durch den Fakultätsrat erarbeitet. Der Kommission gehören an: die Antragstellerin oder der Antragsteller beziehungsweise eine oder einer der Antragstellerinnen und Antragsteller als deren Vertreterin oder Vertreter sowie drei weitere Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer oder Privatdozentinnen und Privatdozenten, die Mitglied des Fakultätsrats sind.
- (5) Der Fakultätsrat entscheidet über den Antrag unter Berücksichtigung des Gutachtens der Kommission mit einer Zweidrittelmehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder.
- (6) Die oder der zu Ehrende wird erst nach vollständigem Abschluss des Verfahrens von der beabsichtigten Ehrenpromotion unterrichtet. Die Ehrenpromotion wird ihr oder ihm durch die Dekanin oder den Dekan angeboten.
- (7) Die Verleihung der Ehrendoktorwürde soll durch feierliche Aushändigung der Urkunde durch die Dekanin oder den Dekan in Gegenwart der Mitglieder der Fakultät erfolgen. In der Urkunde sind die wissenschaftlichen Verdienste der zu promovierenden Persönlichkeit zu würdigen. Die Urkunde wird von der Rektorin oder dem Rektor und der Dekanin oder dem Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Medizinischen Fakultät versehen.

§ 28 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Promotionsordnung tritt am 1. April 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Promotionsordnung der Universität Freiburg für die Medizinische Fakultät vom 14. Juni 1984 (W. u. K. 1984, Nr. 8, S. 374, vom 20. August 1984), zuletzt geändert am 30. November 2011 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 42, Nr. 107, S. 972-974), außer Kraft.
- (2) Für Doktorandinnen und Doktoranden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Promotionsordnung bereits gemäß § 8 der Promotionsordnung der Universität Freiburg für die Medizinische Fakultät vom 14. Juni 1984 zur Doktorprüfung zugelassen wurden oder die zu diesem Zeitpunkt bereits den Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung gestellt haben, gelten die bisherigen Vorschriften.

- (3) Für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Promotionsordnung bereits gemäß § 5 der Promotionsordnung der Universität Freiburg für die Medizinische Fakultät vom 14. Juni 1984 zur Promotion zugelassene oder gemäß § 6 der Promotionsordnung der Universität Freiburg für die Medizinische Fakultät vom 14. Juni 1984 vorläufig zur Promotion zugelassene Doktorandinnen und Doktoranden, die die Zulassung zur Doktorprüfung gemäß § 8 der Promotionsordnung der Universität Freiburg für die Medizinische Fakultät vom 14. Juni 1984 noch nicht beantragt haben, gelten die bisherigen Vorschriften, es sei denn, dass die Doktorandin oder der Doktorand die Anwendung dieser Promotionsordnung ausdrücklich beantragt. In diesem Fall hat die Doktorandin oder der Doktorand bis spätestens 30. September 2021 in schriftlicher Form eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Promotionsbüro der Medizinischen Fakultät abzugeben; die Erklärung ist unwiderruflich.
- (4) In den Fällen von Absatz 2 und 3 können Promotionsverfahren bis längstens 31. März 2028 nach der Promotionsordnung der Universität Freiburg für die Medizinische Fakultät vom 14. Juni 1984 abgeschlossen werden (Ausschlussfrist).

Freiburg, den 8. Dezember 2020



Prof. Dr. Kerstin Krieglstein
Rektorin

Anlage 1

(zu § 8 Absatz 2 Nummer 10)

Eidesstattliche Versicherung

Die eidesstattliche Versicherung ist in der Regel schriftlich abzugeben. Die Möglichkeit einer Aufnahme der eidesstattlichen Versicherung zur Niederschrift bleibt unberührt. Die schriftliche Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Eidesstattliche Versicherung

gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 10 der Promotionsordnung der der Albert-Ludwigs-Universität für die Medizinische Fakultät

1. Bei der eingereichten Dissertation zu dem Thema

handelt es sich um meine eigenständig erbrachte Leistung.

2. Ich habe nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich keiner unzulässigen Hilfe Dritter bedient. Insbesondere habe ich wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommene Inhalte als solche kenntlich gemacht.

3. Die Dissertation oder Teile davon habe ich

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- bislang nicht an einer Hochschule des In- oder Auslands als Bestandteil einer Prüfungs- oder Qualifikationsleistung vorgelegt.
- wie folgt an einer Hochschule des In- oder Auslands als Bestandteil einer Prüfungs- oder Qualifikationsleistung vorgelegt:

Titel der andernorts vorgelegten Arbeit:

Name der betreffenden Hochschule:

Jahr der Vorlage der Arbeit:

Art der Prüfungs- oder Qualifikationsleistung:

4. Die Richtigkeit der vorstehenden Erklärungen bestätige ich.
5. Die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung sind mir bekannt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit erklärt und nichts verschwiegen habe.

Ort und Datum

Unterschrift“

Anlage 2

(zu § 10 Absatz 3 Satz 1)

Bewertungskriterien

I. Kategorisierung der Dissertationen

1. Experimentelle Dissertationen: Als experimentelle Dissertationen werden solche Studien definiert, bei denen die Einflussfaktoren, die studiert werden sollen, von der Untersucherin oder vom Untersucher selbst oder nach einem von ihr oder ihm festgelegten Verfahren gesteuert werden, wie zum Beispiel bei In-vitro-Experimenten, Tierversuchen und Ex-vivo-Studien an humanem Material.
2. Klinische Dissertationen: Als klinische Dissertationen werden solche Studien definiert, bei denen die Einflussfaktoren nur festgestellt (beobachtet) und standardisiert dokumentiert beziehungsweise analysiert werden, wie zum Beispiel bei Fall-Kontroll-Studien oder Kohortenstudien.
3. Theoretische Dissertationen: Als theoretische Dissertationen werden solche Arbeiten definiert, für die ein Modell die Erklärung oder die Einordnung von Zusammenhängen gestattet. Dabei können anerkannte empirische Methoden, Systematiken, Tests oder andere Entscheidungsverfahren zum Einsatz kommen.

II. Allgemeine Bewertungskriterien

Die Gutachterinnen und Gutachter haben bei der Bewertung der Dissertation folgende Kriterien heranzuziehen:

1. Die Befähigung der Doktorandin oder des Doktoranden zur wissenschaftlichen Arbeit und zum kritischen Denken, einschließlich der Fähigkeit, aus durch Literaturstudium gewonnenen Erkenntnissen und von den Betreuerinnen und Betreuern vermittelten methodischen Grundlagen selbständig Lösungswege für die vorgegebenen Probleme zu entwickeln.
2. Das Vorliegen einer nachweisbaren, zitierfähigen Veröffentlichung der wissenschaftlichen Ergebnisse der Dissertation in einer international führenden wissenschaftlichen Zeitschrift mit „Peer Reviewed“-Verfahren unter Berücksichtigung des Umstandes, ob die Doktorandin oder der Doktorand als Erstautorin oder Erstautor beziehungsweise als Co-Autorin oder Co-Autor auftritt. Aus der Erst- oder Co-Autorenschaft lässt sich keine Bewertung mit einem bestimmten Prädikat ableiten.
3. Die Eignung der angewandten Methoden zur Gewinnung und kritischen Überprüfung von Daten und Informationen sowie zu ihrer Interpretation.
4. Die wissenschaftliche Relevanz der Dissertationsleistung.
5. Das persönliche Engagement und die Aktivität, mit der die gestellte Aufgabe bewältigt wurde, die sinnvolle Arbeitsplanung und die überzeugende Strukturierung des Aufgabenkomplexes sowie der termingerechte Abschluss der Arbeit.
6. Redaktionelle Aspekte der Dissertation: Länge und Proportionierung der Arbeit, Darstellung der Grundlagen, des Untersuchungsgutes, der Untersuchungsmethodik, der Ergebnisse (einschließlich Tabellen und Abbildungen) und der Literatur, Stil und Ausdruck.

III. Besondere Bewertungskriterien

1. Das Prädikat „summa cum laude“ ist zu vergeben für
 - a) experimentelle Dissertationen mit sehr anspruchsvoller Zielsetzung, die einen elementaren und kausalen Beitrag zu neuen Erkenntnissen, biologischen Mechanismen oder physiologischen Zusammenhängen erwarten lassen, die mit eigenständiger Etablierung und Planung

neuer und/oder schwieriger und aufwändiger Methoden erarbeitet wurden und die einen sehr hohen Erkenntnisgewinn, eine Innovation und/oder weiterführende experimentelle oder klinische Implikationen absehen lassen,

- b) klinische Dissertationen mit sehr anspruchsvoller Zielsetzung, die einen elementaren und kausalen Beitrag zur Verbesserung von Diagnostik- und Therapieverfahren erwarten lassen, und die mit der eigenständigen Konzeption und Koordination einer klinischen Studie sowie mit eigenständiger Datenerhebung und -auswertung einen sehr hohen Erkenntnisgewinn, eine Innovation und/oder weiterführende klinische Implikationen absehen lassen, und
- c) theoretische Dissertationen mit sehr anspruchsvoller Zielsetzung, die einen elementaren und kausalen Beitrag zur Verbesserung von wissenschaftlichen, epidemiologischen und/oder biometrischen Fragestellungen oder Themen erwarten lassen, die methodisch innovative Ansätze verfolgen, neue Techniken entwickeln und einer eigenständig durchgeführten komplexen Auswertung und Analyse folgen und dadurch einen sehr hohen Erkenntnisgewinn mit absehbaren Implikationen für weitere wissenschaftliche Untersuchungen absehen lassen.

2. Das Prädikat „magna cum laude“ ist zu vergeben für

- a) experimentelle Dissertationen, die thematisch anspruchsvoll sind, einen kausalen wissenschaftlichen Beitrag erwarten lassen, methodisch schwierig sind, deren Methoden selbstständig etabliert und angewendet wurden, und die einen hohen Erkenntnisgewinn, eigenständige Lösungsansätze und/oder eine Innovation darstellen,
- b) klinische Dissertationen, die eine anspruchsvolle Zielsetzung zur Verbesserung von Diagnostik- oder Therapieverfahren, eine eigenständige Konzeption der Studie, selbstständig erhobene Daten und eine selbstständige Auswertung beinhalten, und die einen hohen Erkenntnisgewinn, Lösungsansätze und/oder eine Innovation darstellen, und
- c) theoretische Dissertationen, die anspruchsvoll und originell sind, mit einer komplexen Methodik und eigenständig entwickelter Perspektive einen hohen Erkenntnisgewinn beinhalten, sowie eigenständige Lösungsansätze und/oder eine Innovation darstellen.

3. Das Prädikat „cum laude“ ist zu vergeben für

- a) experimentelle Dissertationen, die thematisch mittelgradig anspruchsvoll sind, kausale Bezüge herstellen, mit schwierigen, zum Teil etablierten Methoden erarbeitet wurden und einen mittleren Erkenntnisgewinn darstellen,
- b) klinische Dissertationen, die thematisch mittelgradig anspruchsvoll sind, über Kasuistiken hinausgehen, einen Beitrag zu neuen Diagnostik- oder Therapieverfahren leisten, umfassende Datenauswertung (zum Beispiel Statistik) erfordern und einen mittleren wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn darstellen, und
- c) theoretische Dissertationen, die thematisch mittelgradig anspruchsvoll sind, mit neuen oder wesentlich modifizierten Methoden erarbeitet wurden und über eigenständige Lösungsansätze zu einem mittleren Erkenntnisgewinn führen.

4. Das Prädikat „rite“ ist zu vergeben für

- a) experimentelle Dissertationen, die thematisch einfach und überwiegend deskriptiv sind, mit im Labor etablierten Methoden erarbeitet wurden und einen geringen Erkenntnisgewinn darstellen,
- b) klinische Dissertationen, die thematisch einfach und überwiegend deskriptiv sind, Daten aus bestehenden Unterlagen analysieren und einen geringen Erkenntnisgewinn darstellen (zum Beispiel Fallzusammenstellungen einfacher Art, Kasuistiken seltener Fälle), und

- c) theoretische Dissertationen, die thematisch überwiegend referierenden Charakter haben, auf eine bestehende Methodik zurückgreifen und einen geringen Erkenntnisgewinn darstellen.